

Monatsspiegel

Juli 2004



SPD

Erlangen

Dieter Rossmeißl

Der Museumswinkel zwischen Krisenmanagement und Perspektive Vom Mut, aus Geschichte Zukunft zu machen

In Erlangen kennen ihn die meisten. Viele haben darin gearbeitet, haben über Eltern, Partner oder Freunde von der Produktion beim „Reiniger“ gehört. Jetzt geht es um die Zukunft dieses 100jährigen Industriebaus, der wie kaum ein zweiter die Geschichte der Industrie und Medizintechnik und auch die Geschichte der Arbeiterschaft Erlangens geprägt hat. „Man sieht, wie die Geschichte der Industrie ...das aufgeschlagne Buch der menschlichen Wesenskräfte, die sinnlich vorliegende menschliche Psychologie ist“, schrieb Karl Marx 1844 in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten. Der heutige „Museumswinkel“ ist dieses Buch für Erlangen.

Der Mut am Anfang war groß. Was Dietmar Hahlweg auf städtischer Sei-

te und Helmut Mai im Haus Siemens eingeleitet hatten, wurde im Dezember 2000 in einem Vertrag festgehalten: Siemens schenkt der Stadt das 11.000 qm große historische Gebäude mit der Auflage, darin kulturelle Nutzung und vorrangig auf mindestens 30 Jahre ein Museum einzurichten. Der Stadtrat hat sich fast einstimmig für den Vertrag entschieden. Zugleich ging der Auftrag an das Kulturreferat, aus der Schenkung eine Perspektive für die Stadt zu entwickeln.

Wir haben uns rasch dafür entschieden, kein beliebiges Museum vorzuschlagen. Ziel war ein Konzept, das die Identität der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger erlebbar macht und dieses Bild auch in die gesamte Bundesrepublik (und möglichst darüber

hinaus) vermittelt. Es musste also ein Konzept sein, das zu Erlangen – und nur zu Erlangen! – passt und das es so bundesweit nicht ein zweites Mal gibt. Der Vorschlag des Kulturreferats lief auf ein „**Forum Medizin – Kunst – Wissenschaft**“ hinaus, das die Kultur und Technik der Medizin darstellt, zusammen mit Ausstellungen zu immer wieder neuen Aspekten der Wissenschaft und verbunden mit neuen Entfaltungsmöglichkeiten für Bildende Kunst. Dabei soll der Blick zurück gehen zu den Impulsen, die in diesen Bereichen von Erlangen ausgehen und er soll mit unterschiedlichen Ausstellungsmitteln die Veränderungen zeigen, die das Leben der Menschen beeinflussen. Ebenso wichtig aber ist der Blick in die Zukunft, die Auseinander-

Fortsetzung auf Seite 3

Juli

5	20.00	Gaststätte Orpheus, Luitpoldstr.	Kreisvorstand	S.9
7	18.00	Mohrenkopf, Schiffstr.	AK Gesundheit	S. 16
7	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 15
8	20.00	Waldschänke, Lange Zeile	Distrikt Ost	S. 13
9	20.00	Mohrenkopf, Schiffstr.	Linkes Forum Erlangen	S. 16
12	19.30	?	AsF: Reproduktionstechnologie	S. 15
13	20.00	AWO, Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 12
13	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 13
15	15.00	Neustätter Friedhof	Gedenken an K.H. Hiersemann	S. 7
20	18.30	Gaststätte Kulisse, Theaterstr.	Distrikt Innenstadt	S.12
20	20.00	Schützenheim Eltersdorf	Distrikt Eltersdorf	S. 12
20	20.00	Gasthof zur Einkehr	Distrikt West	S. 14
22	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S.4
27	20.00	VHS, Friedrichstr.	Erlanger Gespräche mit MDL Schmidbauer	S. 6
30	19.00	Schillerstr. 15	AsF Sommerfest	S. 15



**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe August/September 2004
21. 7. 2004**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

setzung mit Perspektiven der Medizinentwicklung, mit ihren ethischen Fragen und ihren kulturellen Ausdrucksformen. Bildungsangebote der Volkshochschule, Museumspädagogik, völlig neue Formen der Besucherbeteiligung und eine attraktive Gastronomie (die auch für Abendöffnung sorgt) runden das Konzept ab. Dieses „Schaufenster“ der Medizin- und Wissensstadt könnte Erlangen einen unübersehbaren Platz in Deutschland verschaffen. Es könnte – wenn man den Mut dazu hätte.

Den freilich bräuchte man, soll das Bild der Stadt von Medizin, Gesundheit und

Zusammenhang der Kunst mit der Medizin ist möglich, aber nicht zwingend.

Der „Museumswinkel“ bietet der Stadt die einmalige Chance, ein „Schaufenster“ ihres Anspruchs zu bekommen. Nicht nur für die Kultur, sondern für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts und des Erlebnisraums der Stadt ist das vom Kulturreferat vorgelegt und vom Stadtrat prinzipiell sogar schon beschlossene Konzept eine Jahrhundertchance.

Diese Chance ist jetzt in Gefahr, aus

Angst vor aktuellen Finanzproblemen vertan zu werden. Dabei ignoriert natürlich auch das Kulturreferat nicht die schwierige Finanzlage der Stadt. Aber wir warnen davor, langfristige Entscheidungen über Entwicklungsperspektiven der Stadt von

kurzfristig spürbaren Problemen abhängig zu machen. Der Stadtrat hatte sich die Sache vor gut 3 Jahren lange überlegt, so dass man wohl annehmen kann, dass er sich der Bedeutung seiner Entscheidung bewusst war. Klar war dabei: Ein solcher Umbau kostet Geld. Und: In einem so langem Zeitraum wird es manchmal mehr und manchmal weniger davon geben (auch wenn natürlich nicht absehbar war, wann zum ersten Mal Probleme auftreten würden). Wer langfristig plant, kann seine Entscheidungen nicht vom Füllstand der Tageskasse abhängig machen. Wer so weitreichende Entscheidungen mit so kurzer Verfallszeit trifft, weckt Zweifel an der Verlässlichkeit auch der jetzt zu fassenden Beschlüsse, weckt Zweifel an der Perspektivenfähigkeit von Stadtpolitik insgesamt.

Das Finanzierungskonzept, über welches der Stadtrat im Juli beraten soll, geht von einer Zwischenfinanzierung z.B. über eine Stiftung aus. Angesichts

der Bedeutung und Attraktivität des Projekts ist es durchaus realistisch, ein finanzielles Engagement von Industrie und Bürgern zu erwarten, wie dies in anderen Städten auch funktioniert.



Foto: Christian Jensen

Wer freilich schon vor dem Start Angst vor der Strecke hat, wird auch niemanden mitreißen. „Aufgabe der Politik ist es nicht in erster Linie, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern dafür zu sorgen, dass die Menschen in der Stadt eine Perspektive haben.“ Das hat kein kulturpolitischer Phantast gesagt, sondern der damalige (2001) Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen, der im Hinblick auf die aktuellen Erlanger Mehrheitsverhältnisse sicher als unverdächtig Zeuge angesehen werden kann.

Im Juli muss der Erlanger Stadtrat darüber entscheiden, ob er den Mut aus, aus der Geschichte und dem Potenzial dieser Stadt sichtbare Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Die SPD tut gut daran, diese Perspektiven im Vorfeld der Entscheidung noch einmal zu diskutieren.

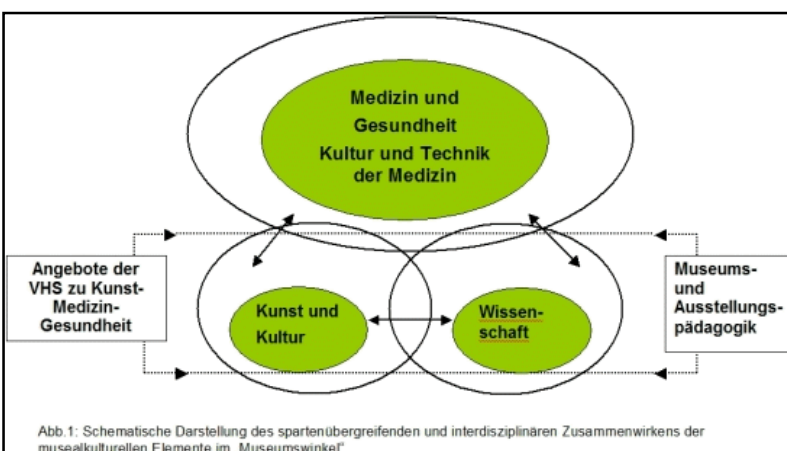


Abb. 1: Schematische Darstellung des spartenübergreifenden und interdisziplinären Zusammenwirkens der musealkulturellen Elemente im „Museumswinkel“

Wissenschaft sich nicht in realitätsferner Selbstbespiegelung erschöpfen. Wir wollen etwas Bedeutendes sein, reden uns ein es wäre so – und merken gar nicht, wie groß die Masse ist, in der wir untergehen. Tatsächlich hat die Stadt mit Universität und Unternehmen sowie seiner hohen Konzentration von Arbeitsplätzen in diesem Bereich beste Voraussetzungen. Doch dieser Anspruch ist nirgendwo sichtbar und greifbar. Kein Besucher kann dieses gewollte Profil besichtigen, kein Bürger kann es erleben. Die Möglichkeit zu vielfältigen Arztbesuchen reicht für ein positiv empfundenes Profil sicher nicht aus.

Und auch der neue Stadtteil am Röthelheim braucht eine kulturelle Attraktion, will man Lebensräume nicht allein durch Häuserbau definieren. Deshalb ist auch die Bildende Kunst wichtiger Bestandteil des Ausstellungskonzepts. Deshalb haben wir Ateliers eingeplant und Räume, in denen auch große Installationen möglich sind. Ein

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Antrag AK Gesundheit	4
Erlanger Gespräche	6
Ergebnisse Europawahl	9
Aus den Distrikten	10
Aus den Arbeitsgemeinschaften	13
Leserbrief	15
Geburtstage	16
Aus dem Stadtrat	18

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Kreismitgliederversammlung findet statt am

**Donnerstag, den 22. Juli 2004,
20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 68**

Wir schlagen Euch als **Tagesordnung** vor:

1. Aktuelles
2. **Was bringt uns die Gesundheitsreform**
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Antrag des AK Gesundheit an die KMV am 22.07.2004

Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die KMV möge den folgenden Antrag beschließen und ihn an den Parteivorstand, die Bundestagsfraktion, den Parteivorstand, das Partei-Präsidium und den Parteirat weiterleiten.

Das auf Initiative der Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherung vom

Bundestag im November 2003 beschlossene und am 01.01.2004 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV - Modernisierungsgesetz)" enthält eine Reihe von Regelungen, die sich nach Ablauf eines halben Jahres als teilweise nicht prakti-

kabel, kostenaufwändig auf Grund hohen Verwaltungsaufwandes und als sozial ungerecht erwiesen haben.

Aus diesen Gründen sind in folgenden Bereichen Korrekturen bzw. Ergänzungen unbedingt erforderlich, wenn das Gesundheitssystem in Deutsch-

land insgesamt funktionsfähig und finanzierbar bleiben soll.

1. Im Einzelnen sind folgende Korrekturen/Ergänzungen erforderlich:

1.1 notwendige Korrekturen bei der Finanzierung

a) Die möglichst schnelle Einführung einer Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten.

1.2 notwendige Korrekturen aus Sicht der niedergelassenen Ärzte

a) Weitere Reformschritte im Gesundheitssystem müssen zu einer signifikanten Entbürokratisierung führen. Ziele sind klare, einfache und dauerhaft verbindliche Regelungen für alle Beteiligten sein. Verwaltungsabläufe bei Krankenkassen und KVen müssen radikal vereinfacht werden. Dabei darf auch eine Einheitskrankenkasse im Rahmen einer Bürgerversicherung kein Tabu sein.

b) Nur eine ausreichende Transparenz der Gesundheitsdaten für PatientInnen und ÄrztInnen kann unnötige Doppeluntersuchungen verhindern (z.B. per Chipkarte, individuelle Leistungsabrechnung etc.).

c) Es müssen kreative und innovative Anreize gesetzt werden gesund zu bleiben und sich gesund zu erhalten.

1.3 notwendige Korrekturen aus Sicht der Krankenhäuser

a) Minimierung der Verwaltungsarbeit für das ärztliche und Pflegepersonal

b) Die Kontrollsysteme der Kassen sind auf das notwendige Maß zurückzuführen; das gilt in besonderem Maße für die DRGs (Diagnose Related Groups = Diagnosebezogene Fallgruppen), sonst verfehlen sie ihren eigentlichen Zweck, nämlich Transparenz bei gleich guter Qualität zu schaffen.

Wenn die DRGs greifen, müssen im ambulanten Bereich die Strukturen zur Verfügung stehen, um die zu früh entlassenen Patienten gut bzw. wenigstens ausreichend

betreuen zu können. Gerade für ältere Patienten ist dies eine absolute Notwendigkeit, ebenso für Behinderte.

c) Die Verzahnung ambulant/stationär muss ernsthaft betrieben werden und darf nicht nur wie z. Zt. noch die Ausnahme sein. Hierzu müssen die Krankenhäuser personell und finanziell entsprechend ausgestattet werden.

d) Bestimmte Patientengruppen dürfen durch die Kassen nicht von einer notwendigen stationären Behandlung ausgeschlossen werden.

e) Die Zuständigkeiten der verschiedenen Kostenträger im Gesundheitswesen (Krankenkassen, Rentenversicherungen, Berufsgenossenschaften usw.) müssen klar strukturiert und klar voneinander abgegrenzt werden.

f) Die KH müssen personell und finanziell in die Lage versetzt werden, das Arbeitszeitgesetz einzuhalten.

g) Bei der Zusammensetzung von Kommissionen müssen die unmittelbar Betroffenen (Ärzte und Pflegepersonal) angemessen repräsentiert sein.

b) Die zahnmedizinischen Behandlungs-Richtlinien müssen neu und sozialverträglich und medizinisch vertretbar überarbeitet werden; hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass

- Die konservierende Behandlung ganz im Leistungsumfang der KK verbleibt

- und die prothetische Behandlung für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleibt.

- Die Kostenerstattung muss für die zahnärztliche Therapie allein beansprucht werden können.

1.5 notwendige Korrekturen aus Sicht der Versicherten:

a) Die Zuzahlung von 2% (bzw. 1% bei chronisch Kranken und Behinderten) des Jahresbruttoeinkommens der Krankenkosten muss für Einkommensschwache ganz entfallen, zumindest aber muss die Zuzahlung auf entsprechende monatliche (1/12 des Jahresbetrages) und nicht jährliche Höchstbeträge begrenzt werden.

b) Die Krankenkassen müssen verpflichtet werden, ein einheitliches und vereinfachtes Antragsverfahren zur Befreiung von der Zuzahlung zu verwenden.

c) Die Kosten für Prophylaxe müssen von den KK generell übernommen werden.

d) Zahnersatz muss im bisherigen Umfang in der Leistung der GKV verbleiben, auch wenn dies bedeutet, dass die KK-Beiträge langsamer sinken. Die Auslagerung in private oder andere Versicherungen darf nicht erfolgen.

2. Begründungen:

Begründung zu 1.1

a) Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung liegen nicht in erster Linie im Ausgabenbereich. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt – trotz absoluter



1.4 notwendige Korrekturen aus Sicht der Zahnärzte

a) Abschaffung Praxisgebühr, Einziehung mit dem KK-Beitrag

Fortsetzung auf Seite 6

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe:

Erlanger Gespräche

Politik und Verantwortung

laden wir Euch herzlich ein zu der Veranstaltung:

SPD – Reformen - soziale Gerechtigkeit?

mit:

MdB Horst Schmidbauer

am:

Dienstag, den 27. Juli 2004, 20.00 Uhr

Im Großen Saal der Volkshochschule, Friedrichstraße 19

Wir freuen uns auf eine interessante Diskussion.

SPD-Kreisverband Erlangen

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Fortsetzung von Seite 5

Ausgabensteigerung - seit Mitte der 70er Jahre konstant bei 6 Prozent.

Die gesetzliche Krankenversicherung hat aber ein Einnahmeproblem.

Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit am Bruttoinlandsprodukt, die sogenannte Lohnquote sinkt seit Anfang der 80er Jahre (unterbrochen durch die deutsche Einheit). Dies ist auf eine relative

Wachstumsschwäche der beitragspflichtigen Einkommen zurückzuführen. Dies ist vor allem auf eine sehr moderate Lohnentwicklung in den 80er und besonders in den 90er Jahren zurückzuführen, was eine Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums zu Gunsten der Arbeitgeber bedeutet. Zusätzlich reduziert die hohe Arbeitslosigkeit das verfügbare Einkommen der Bevölkerung. In der Reduzierung der Arbeitslosigkeit liegt auch ein

Schlüssel zur Lösung des Einnahmeproblems.

Die Finanzierungsbasis der GKV hat sich also Schritt für Schritt verkleinert. Da das Einkommen im Vergleich zum BIP sinkt, muss für gleiche Ausgaben der Anteil – also der Beitragssatz –, der dieses geringere Einkommen beiträgt entsprechend steigen.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung leidet weiterhin darunter, dass die Beiträge nur auf Löhne und Gehälter erhoben werden, und die Bürger mit den höchsten Einkommen und der besten Gesundheit zu einem großen Anteil nicht in dem solidarischen System mit versichert sind. Da die Gesundheit in Deutschland wie in allen anderen Industrieländern mit dem Einkommen und der Bildung zusammenhängt, verliert das gesetzliche Krankenversicherungssystem insbesondere die Mitglieder, die gleichzeitig einkommensstärker und gesünder als der Durchschnitt sind. Jedes Jahr gehen dem System der GKV dadurch zusätzlich mehr als 1 Mrd. Euro an Einnahmen verloren.

Eine Bürgerversicherung in der alle Einkommensarten einbezogen wären, würde daher die Einnahmeprobleme beseitigen. Sie schließt zukünftig auch die Gutverdienenden, Beamten und Selbstständigen in das solidarische System der Krankenversicherung ein. Außerdem würden auch Beiträge auf Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte erhoben. Dadurch wird außerdem die einseitige Belastung der Arbeitskosten durch weiter wachsende Sozialabgaben überwunden.

Begründung zu 1.2

a) Das jetzige System kombiniert die Nachteile aus Planwirtschaft und Marktwirtschaft, hier ist eine Neuorientierung nötig hin zu einer gerechten und solidarischen Gesundheitsversorgung. Ob dieses Ziel dann das gesamte Leistungsspektrum der ambulanten Versorgung umfassen kann, hängt von an der Finanzierungsgrundlage ab

Wer Unterversorgung verhindern will, muss Überversorgung abbauen und die Leistungen, die notwendigerweise erbracht wurden, leistungsgerecht entlohnen. (Der zunehmende ÄrztlInnenmangel ist eine Gefahr für unser Gesundheitssystem !) Weder betriebswirtschaftliche Interessen noch subjektive Befindlichkeit dürfen als Rechtfertigung für verschwenderischen Umgang mit Ressourcen dienen.

b: Krimineller Umgang mit individuellen Gesundheitsdaten ist zu unterbinden, die Gefahr dieses Missbrauchs darf jedoch nicht nötige Ver-

änderungen blockieren. Beispielsweise muss der illegale Zugriff von Arbeitgebern auf die Gesundheitsdaten von Mitarbeitern mit empfindlichen Strafen bedroht sein. Trotzdem dürfen hier nicht – wie bisher – übertriebene Bedenken von Datenschützern den sinnvollen Einsatz von Daten-Speichertechnologie blockieren.

c) Eigenverantwortung und verantwortlicher Umgang mit dem Anderen müssen oberste Prämissen im Gesundheitssystem und in der Gesundheitspolitik sein. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die unverzüglich mit mutigen Schritten begonnen werden muss.

Begründung zu 1.3

a) Die zur Verfügung stehende Zeit für und am Patienten wird immer weniger, für Verwaltung und Dokumentation hingegen extrem unangemessen höher

b) Es ist jetzt schon vielfach üblich, JEDEN Patienten dem MdK zuzuführen. Auch hier wäre Transparenz notwendig: wieviel kosten MdK und die vielen „Doppelberatungen“ durch verschiedenste „Berater“ der Kassen (dies wird alles von den Versicherten bezahlt, ohne dass diese genau Bescheid wissen, ob diese Unzahl an Kontrollen sie gesünder macht, bzw. ob nicht eigentlich ihr Arzt oder Schwester, der sie kennt, die Beratung am besten durchführen könnte.)

d) Beispiel: Suchtkranke bei manchen Kassen, oder Selbstverantwortung gleich Selbstverschuldung

e) Das „Kirchturmdenken“ der verschiedenen Kostenträger mit exorbitantem Antrags- und Verwaltungsaufwand muss nach nunmehr jahrzehntelangem aber völlig frustriertem Bemühen endlich aufhören, wenn der Patient tatsächlich im Mittelpunkt stehen soll (Beispiel: die sinnlose Hin- und Herschieberei zwischen Akut- und Rehabilitationsbehandlung).

f) Wenn das Arbeitszeitgesetz im Krankenhaus angewendet werden soll, geht es nicht ohne Vermehrung des ärztlichen und pflegerischen Personals. Die bisherigen Versuche führen zu exzessiven Überstunden, die nicht durch Freizeit ausgeglichen werden können. Hier wurde von der Poli-

Gedenken an Karl-Heinz Hiersemann

Am 15. Juli 1998 ist unser langjähriger Landtagsabgeordneter Karl-Heinz Hiersemann verstorben.

Um die Erinnerung an ihn lebendig zu halten sind alle Genossinnen und Genossen eingeladen, sich am

**Donnerstag, 15. Juli 2004
um 15.00 Uhr**

am Grab von Karl-Heinz Hiersemann am Neustädter Friedhof zu einem Gedenken zu versammeln

tik überhaupt noch keine Lösung angeboten.

g) Die Quadratur des Kreises im stationären Bereich: d.h. mehr Qualität, sinkende Kosten bei gleichzeitiger Tarifsteigerung ohne Budgeterhöhung ist ausgeschlossen. Es sollten von der Bundesregierung einmal Patienten und die Ärzte, Schwestern und Pfleger an der Basis befragt werden, statt nur Gesundheitsökonomern als Berater zu wählen.

Fazit:

Das GMG sieht überwiegend nur Einsparungen vor ohne wirksame Strukturänderungen. Medizinischer Fortschritt und Qualitätsverbesserung für die Patientenversorgung werden so nicht erreicht.

Begründung zu 1.4

a) Die bisher funktionierende Prophylaxe bei der Zahngesundheit ist stark gefährdet, denn die Praxisgebühr übt eine abschreckende Wirkung aus. Auch wenn für Vorsorgeuntersuchungen keine Praxisgebühr berechnet werden darf, ist doch eine Vorsorge immer mit einer Beratung und/oder Behandlung verbunden, die ihrerseits jedoch gebührenpflichtig sind, und für die die Praxisgebühr fällig ist.

Weiter sind in den ersten 4 Monaten seit der Einführung der Praxisgebühr die Vorsorgeuntersuchungen in bayerischen Praxen alarmierend zurückgegangen. Dies wird für die Zukunft si-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

scher die Behandlungskosten erhöhen, die weit über den vermeintlichen Einspareffekt liegen werden.

Die Einführung der Praxisgebühr bringt einen unnötigen Bürokratismus in die Praxen. Sie kommt nur den Kassen zu Gute und soll auch von ihnen eingetrieben werden. Es kann nicht sein, dass die Arztpraxen tagtäglich mit der überflüssigen Verwaltung, wie kassieren, überwachen und weiterleiten zusätzlich belastet werden.

Nach Berechnungen von Fachleuten bleiben von den einkassierten 10. - Euro zum Schluss nur noch 6. - übrig, denn 4. -Euro sickern in die Verwaltung.

Die Degression und Budgetierung sorgen bereits heute für Engpässe in verschiedenen Behandlungsbereichen.

b) Bei manchen Behandlungsmaßnahmen wie z.B. bei einer Wurzelbehandlung an einem hinteren Backenzahn übernehmen die GKV die Kosten

in Ausnahmefällen, die Patienten müssen in diesem Fall ca. 300 EURO aus eigener Tasche bezahlen. So müssen die sozial Schwächeren nicht selten auf die Zähne verzichten, also mehr Mut zur Lücke zeigen, als sozial Stärkere.

Was die Versorgung mit Zahnersatz angeht ist es noch dramatischer. Die sozial Schwächeren, wo die Kostenübernahme von GKV 100% beträgt, bekommen allereinfachste bzw. allerbilligste Versorgung bezahlt. Obwohl diese Versicherten manchmal viel mehr und viel länger in die Kassen der GKV einbezahlt haben, als neuversicherte Mitglieder.

c) Die Kostenerstattung ist ein Instrument für eine bessere Therapie auf Wunsch des einzelnen nach entsprechender Beratung.

d) Die Zahnbehandlungen im Ausland werden nach Kostenerstattung bezahlt.

Begründung zu 1.5

Bei Erkrankung sind Einkommensschwache (z.B. bei Bezug von Kleinrenten, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe/Arbeitslosengeld II) gezwungen den Jahresbetrag für die Zuzahlung zu Medikamenten, die Praxisgebühr, das Tagegeld bei stationärer Behandlung innerhalb weniger Wochen oder Monate aufzubringen, was sozial völlig ungerecht und unzumutbar ist.

Die Antragsverfahren sind uneinheitlich und werden noch schwieriger bei Ehepaaren in unterschiedlichen KK.

Bestimmte prophylaktische Maßnahmen (z.B. Augeninnendruckmessung zur Früherkennung des Glaukoms - Grünen Stars) sind aus der Erstattung der GKV gestrichen worden. Weniger Prophylaxe bedeutet steigende Erkrankungen mit erheblichen Folgekosten.

Gerade ältere Menschen benötigen erfahrungsgemäß Zahnersatz. Bisher

Fortsetzung auf Seite 9

will ich: www.sparkasse-erlangen.de

175 Jahre Sparkasse Erlangen - psssst - das sechste Dankeschön-Angebot ist ein Knüller. Darum erst selber holen und dann weitersagen! Jubeln Sie mit. Sichern Sie sich Ihre "Reise"-MasterCard Gold, solange der Vorrat reicht!

* 1.750 x MasterCard Gold zum Jubelpreis von 17,50 € im ersten Jahr für alle MasterCard Gold-Neukunden. Inkl. Reise-Rücktrittskosten-Versicherung, Kfz-Schutzbrief für In- und Ausland, Reiseservice, Auslandsreise-Krankenversicherung und den exklusiven Erlebniswelten.

Eine von rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagt Dankeschön: Cornelia Schmitt, Kundenberaterin der Geschäftsstelle Bubenreuth, Weiße Straße

175 Jahre SPARKASSE ERLANGEN Dankeschön!

Fortsetzung von Seite 8
bekannt gewordene Berechnungen Versicherungsprämien (z.B. 7 bis 9 EURO mtl.) zur Erstattung von Zahnersatz gehen von Patienten im Alter von 30 Jahren aus, bei den meisten Versicherungen liegt die Altersgrenze bei 65 Jahren, wobei außerdem noch Wartezeiten von 3 Jahren hinzukommen. Solche Versicherungsbedingungen sind sittenwidrig und dürfen nicht zulässig sein.

Zusammenfassung der Begründungen

Durch die aktuelle Gesundheitsreform ist der Wandel in der ambulanten Versorgungsstruktur fortgesetzt worden.

Im ambulanten Bereich besteht im Gesundheitssystem in Deutschland ein 2 Klassenunterschied zwischen gesetzlich und privat Versicherten.

Durch Praxisgebühr und Zuzahlungsregelungen ist Gesundheit für sozial Schwache und chronisch Kranke in ungerechter Weise deutlich verteuert und teilweise nicht mehr bezahlbar geworden.

PatientInnen und ÄrztInnen werden mit weiterer Bürokratie belastet, gutgemeinte Ausnahmeregelungen verschlimmbessern dies noch weiter.

Mangelhafte zahnärztliche Versorgung (Zahnerhaltung und Zahnersatz) führt zu ernsthaften Folgeerkrankun-

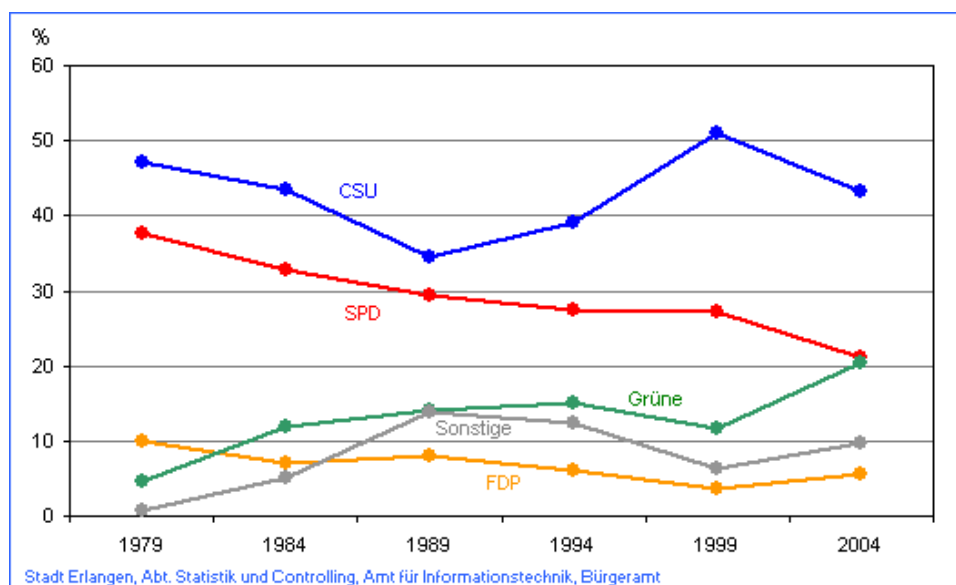
gen wie Magen- Darmerkrankungen, Herzfehlern, Krebsbildungen im Mund- und Rachenraum. Die Folgekosten sind also mit Sicherheit höher als die Behandlungskosten.

„Bürokratiedschungel“ und „Regelungswust“ werden zum zunehmenden Hindernis für die Volksgesundheit.

Notwendige und nötige Steuerungseffekte (Hausarztmodell, Prävention, Eigenvorsorge, Eindämmung der Pharma-Ausgaben, Qualitätssicherung etc.) werden derzeit auf dem Rücken der Betroffenen (ÄrztInnen und PatientInnen) ausgetragen.

Die Abkehr vom Solidarprinzip im Bereich der Finanzierung von Zahnersatz und Krankengeld ist zutiefst unsozial.

Ergebnisse der Europawahl in der Stadt Erlangen



Kreisvorstand

Unsere nächste Sitzung findet statt am:

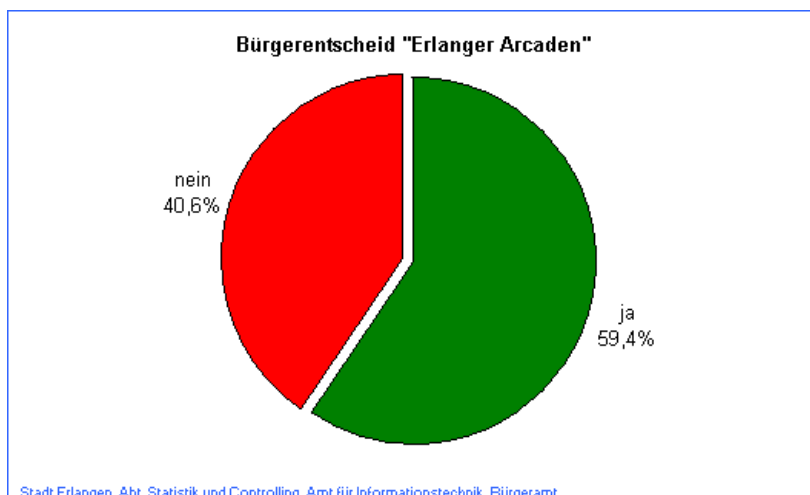
Montag, den 5. Juli: 20.00 Uhr
im Orpheus, Luitpoldstr. 25

Folgende Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. Vorschläge des Kreisvorstandes für die Kandidaturen zum Bezirksvorstand
3. Umsetzung der Abstimmungsergebnisse auf der Sonder-KMV zum Thema: Parteireform
4. Anträge
5. Sonstiges

Wir freuen uns auf Eurer Kommen!
Robert Thaler, Ursula Lanig, Dieter Rosner

Bürgerentscheid „Arcaden“



Sind Sie dafür, dass auf dem ehemaligen Post- und Zollamtsgelände ein Einkaufszentrum („Erlangen Arcaden“) errichtet und das diesbezüglich eingeleitete Bebauungsplanverfahren Nr. 383 – Güterbahnhofstraße – weitergeführt wird?



Vorsitzender:
Manfred Jelden Tel: 601333

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 20. Juli
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



Vorsitzender:
Thomas Hein

Frauenaurach

Protokoll der Distriktversammlung Frauenaurach am 25. Mai 2004

1. Busverkehr:

Die Hüttendorfer BürgerInnen finanzieren den Bus durch Kauf von Jahreskarten vor, da das Angebot eine echte Alternative geworden ist. Eine Rücknahme des Angebots wäre ein Betrug und Täuschung der Bürgerinnen und Bürger.

2. Das ECHO

Themen/Artikel sollen bis zur nächsten Distriktversammlung am 13.7.04 mitgebracht werden.

Firmen in Frauenaurach (Doppelseite)

Das Echo wird nach der Redaktions-sitzung komplett zum Aurachdruck gegeben.

3. VODAFONE.

Der Status, wo der Mast gebaut wird, ist weiter unklar. Zur Debatte stehen immer noch „Friedrich“ oder ein e.on-Mast.

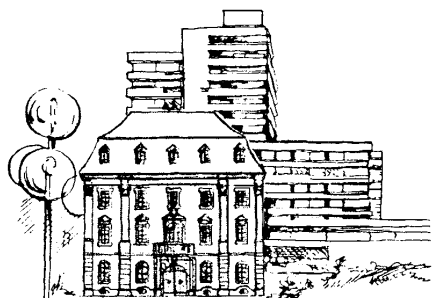
Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Mitgliederversamm-
lung findet
**am Dienstag, den 13. Juli
2004 um 20.00 Uhr, im
AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4**
statt.

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Das ECHO
3. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,

am **Dienstag 20.7.2004** findet eine **Bürgeranhörung der Stadt** zu einem wichtigen Sanierungsprojekt in der Innenstadt statt: Es geht um die vorbereitenden Untersuchungen zur Entwicklung der Erlanger Neustadt (Hugenottenstadt) und um Teile des Quartiers Lorlebergplatz.

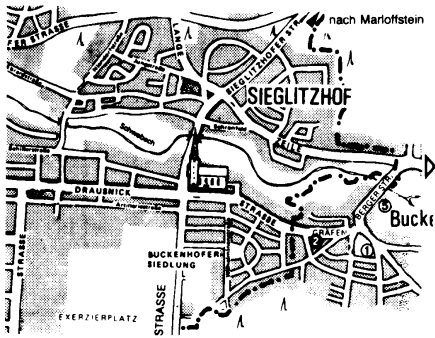
Wir wollen den Termin unserer Di-
striktversammlung nutzen, um an die-
ser Bürgeranhörung teilzunehmen.

Dazu treffen wir uns am
**20.7. um 18.30 Uhr in der
Gaststätte Kulisse**
zu einer Vorbesprechung.

Anschließend wollen wir gemeinsam
zur Bürgerinformtation gehen. Sie fin-
det um 19.30 Uhr im Redoutensaal
statt

Wir würden uns über eine rege Betei-
ligung freuen.

Für den Vorstand
Barbara Pfister



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
08.07.2004 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke Lange
Zeile 104**

Themen u.a. :

- Kreuzung Handelshof
- Busse

Jochen Kraft



Tennenlohe



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Bericht von der Distriktversammlung vom 4.5.04

Wir begrüßen Ursula Vierzigmann neu in unserer Distriktversammlung und heißen sie herzlich willkommen.

Europawahl

In T'lohe relativ hohe Wahlbeteiligung und starke Grüne - zu Lasten von SPD und CSU. SPD noch leicht über Stadt-Durchschnitt.

Arkaden:

Hoher Ja- Stimmenanteil in T'lohe

Spielplatzfest:

Muss wegen Terminkollision mit Kindergartenfest verschoben werden, voraussichtlich auf 17. oder 18.7.

Schaukasten:

Bestellung wurde unterschrieben

Kerwa:

Festwirtin Martina Leiß stellt ihr Konzept vor. Wir vereinbaren Bieranstich und Stammtisch.

Bericht von KV:

Robert Thaler berichtet von den Vorgängen und den Parteiaustritten von Jutta Helm und Harald Walter und einiger weiterer GenossInnen.

Tennenloher Bote:

Die Versammlung diskutiert - fast uneingeschränkt zustimmend - über den letzten TB und dankt Rolf für seinen besonderen Einsatz.

(C. Schnapper)

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 13.07.04,
Schlossgaststätte,
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. **Aktuelles**
2. **Berichte**
3. **Die EU-Verfassung (Nachbereitung des Antrags der KMV) Unterlagen dazu wurden bereits in der letzten Distriktversammlung verteilt. Bei Bedarf bitte bei Hans Hauer anfordern (Tel.: 60 20 48).**
4. **Vorbereitung der Sitzung des Ortsbeirats (14.07.).**
5. **Letzte organisatorische Absprachen wegen Spielplatzfest**
6. **Verschiedenes**

Bitte folgende Termine vormerken:

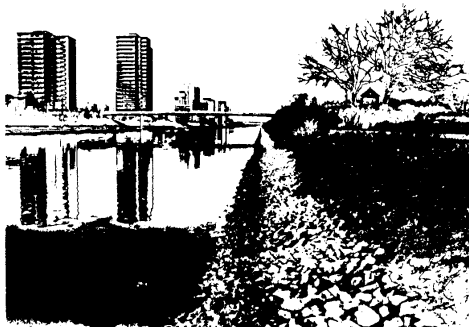
Spielplatzfest: voraussichtlich 17.07 (verschoben !!)

Grillparty am Bach 31.07.

Tennenloher Kerwa: Freitag, 13.08., 17.00 Uhr: Bieranstich in der Wied mit Robert, 18.00 Uhr im Zelt mit Gisela; Sonntag, 15.08. Frühschoppen ab 10.00 Uhr

Für den Vorstand

Rolf Schowalter



Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Im Juli treffen wir uns am

**Dienstag, dem 20.7.04 um
20.00 im Gasthof „Zur
Einkehr“ (Güthlein).**

Folgende Themen stehen an:

1. **Aktuelles**
2. **Berichte aus Stadtrat, Kreisvorstand und Ortsbeirat**
3. **Auswirkungen der Schulzeitverkürzung (G 8) am Beispiel des Stadtwestens (erste Einschätzungen)**
4. **Diskussionsstand Kürzungen im Busverkehr**
5. **Verschiedenes**

Lasst Euch zahlreich sehen!

Für den Vorstand

Gerd Peters

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 11.03.2004

1 Wahl einer Versammlungsleitung

Hans Buerhop wird vorgeschlagen und einstimmig gewählt

2 Aktuelles und Berichte

- Diskussion um die Schwimmbäder: Von den Planungen könnte auch das FreibadWest betroffen sein; gegen die Umwandlung des Röthelheimbades hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, bei der Gründungsveranstaltung waren ca. 170 Personen anwesend.

West

- Adenauerring: Der Ortstermin war erfolgreich, eine Bürgerinitiative hatte im Vorfeld Flugblätter bei den AnwohnerInnen der Trasse 1 verteilt. Die Entscheidung wurde im Stadtrat auf April verschoben, am 23.3. berät der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss über die Varianten, der Gutachter ist anwesend. Die Fraktion lehnt die Variante 1 ab, die FDP offenbar auch, möglicherweise auch die FWG. Der Ortsbeirat Kosbach/Häusling/Steudach hat sich für Variante 1 ausgesprochen.

3 Rechenschaftsbericht

a) des Vorstandes

Der Distrikt hat im letzten Jahr Mitglieder verloren, von 147 Anfang 2003 auf jetzt 139, der Frauenanteil liegt bei 35,3%. Im vergangenen Jahr sind ca. 10 GenossInnen ausgetreten, es gab demgegenüber nur 2 Eintritte.

Der Besuch der Distriktsversammlungen war in der ersten Jahreshälfte mäßig bis zum Tiefpunkt im Juli (4 Anwesende), seit dem Herbst liegt er bei knapp über 10 TeilnehmerInnen. Am Wahlkampf hat sich der Distrikt mit Infoständen beteiligt, Plakatierungen und Hausverteilungen haben funktioniert, außerdem gab es eine Reihe von Hausbesuchen. Der für Anfang Februar geplante Westbote ist bisher nicht erschienen.

b) des Kassiers

Es hat im vergangenen Jahr nicht viele Buchungen gegeben. Größte Einnahmeposten waren der Beitragsanteil und Spenden, insgesamt gab es Einnahmen von 1508,58 Euro. Bei den Ausgaben waren die größten Posten der Westbote (ca. 800 Euro) und die Monatsspiegel-Verteilungen, die vom Kreisverband bezuschusst wurden (ca. 400 Euro einschließlich 2002); insgesamt gab es Ausgaben in Höhe von 1572,82 Euro.

c) der RevisorInnen

Die RevisorInnen haben die Kasse geprüft, alle Buchungen sind belegt; die RevisorInnen beantragen die Entlastung des Kassiers. Der Kassier wird bei einer, der Vorstand bei 2 Enthaltungen entlastet.

Der Kassier wird bei einer, der Vorstand bei 2 Enthaltungen entlastet.

4 Wahlen

jeweils 11 abgegebene Stimmen

- a) des/der Vorsitzenden: Gerd Peters (11 gültig, 11 ja)
- b) des/der stellvertretenden Vorsitzenden: Lena Zoglauer (11 gültig, 10 ja, 1 Enthaltung)
- c) der KassiererIn/des Kassiers: Rolf Bernard (11 gültig, 10 ja, 1 Enthaltung)
- d) der BeisitzerInnen: 11 Stimmen gültig
 - Hans Buerhop (11 ja)
 - Andreas Wagner (11 ja)
 - Brigitte Wein (11 ja)
- e) der RevisorInnen: Ursula Rechtenbacher und Winfried Stein (einstimmig)
- f) VertreterInnen im Kreisvorstand: Philipp Dees, Lena Zoglauer (einstimmig)

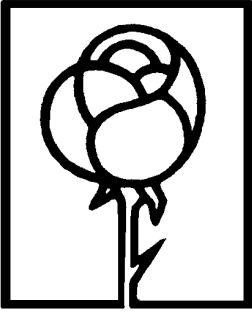
Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

5 Anträge und Verschiedenes

- Am 25.4. findet in der Mönaschule eine Ausstellung „Kunst des Westens“ statt, bei der auf Anregung von Feli KünstlerInnen aus dem Stadtwesten ausstellen.
- Feli bittet darum, ihr Termine, bei denen StadträtInnen anwesend sein sollten, immer mitzuteilen.
- Der Distriktsvorstand und StadträtInnen haben sich mit dem Präsidenten des TV1848 getroffen. Dieser hat die Zuschusspolitik der Stadt moniert und fühlt sich bei seiner Sozialarbeit im Stadtwesten nicht von der Stadt gewürdigt.

Philipp Dees

ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
 Birgit Hartwig Tel.: 55939
 Hildegard Gröger Tel.: 502415
 Julie Mildenerberger Tel.: 23435

Liebe Frauen,

hiermit möchte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Erlangen Euch zu unserer nächsten Veranstaltung einladen.

Am 07.07.04 um 20.00 Uhr im August-Bebel-Haus (Parkplatzeingang)

wird **Dagmar Paliwal** uns über den **Entwurf der Europäischen Verfassung** informieren und auch hier sicherlich für eine angeregte Diskussion sorgen.

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Einladung zum

AsF-Sommerfest

Am 30.7. um 19.00 Uhr bei **Petra-Maria im Garten**.

Liebe Frauen,

bringt bitte alle etwas zum Essen und gute Laune mit. Für das Trinken ist gesorgt.

Ort: Petra-Maria Schreiber-Dach

Schillerstr. 15

Protokoll der AsF-Sitzung am 16.6.04 im August-Bebel-Haus

1. Aktuelles

- Bezirksvorstand

Der Vorstand muss in sich quotiert sein (Vorsitz und StellvertreterInnen) und nicht erst als Komplettvorstand. inklusiv den BeisitzerInnen. Die KMV wird am 1. Juli über die Erlanger Vorschläge entscheiden.

- Hildegard Gröger tritt bis zu den Sommerferien vom Erlanger AsF-Vorstand zurück, da sie Mitglied im AsF-Landesvorstand wird.
- Die Bezirks-AsF wird ein Seminar zum Thema **Satzung Ende Sept / Mitte Okt** anbieten.

2. Gleicher Lohn für Frauen und Männer

Monika Wendler, Birgit Brod und Sandra Radue von den Jusos referierten engagiert zum Thema „Lohnungleichheit für Frauen und Männern“. Vor allem viel uns auf, dass Deutschland fast das Schlusslicht in Europa ist und Frauen ca. 70% vom durchschnittlichen Stundenlohn bekommen (zum Vergleich 61% in Großbritannien und 77% in Schweden). Die Lohndifferenz sinkt langsamer als Qualifikationsunterschiede.

Diskussionspunkte waren:

- Bezeichnung für Berufe (Ingenieurassistentin und Industrietechnologe sind die Bezeichnungen für die gleiche Tätigkeit)
- Elternzeit als Karrierehemmer
- Wie wird ein Beruf zum Frauenberuf? Wie entscheiden sich Studienanfängerinnen?
- Kinder haben Bildungsanspruch: Förderung ab dem 3. besser 2. Lebensjahr durch Einrichtungen (Aufbau der sozialen Kompetenz bei Kindern)
- Vor der Ära Kohl gab es eine Lohnersatzleistung (80% des Gehaltes) für ein halbes Jahr statt lächerliches Erziehungsgeld (Wir wollen die Wiedereinführung)

- Es gibt wenig Zahlen zur geschlechtspezifischen Aufteilung
- Teilzeitproblem kann auch durch Arbeitszeitverkürzung für alle gelöst werden.
- Vorbildfunktion: (Professorinnen, Lehrerinnen, Ingenieurinnen, ...)
- Erhöhung der Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor (Kürzung trifft die Erwerbsquote der Frauen)
- Gleichstellungsgesetz in der privaten Wirtschaft
- Unisexstarife bei Versicherungen (Krankenversicherung, Rente, Betriebsrenten, ...)

Teilthemen daraus sollten wir für die KMV aufgreifen und öffentlich machen.

Vielleicht nach dem nächsten Bericht auf Lohngleichheit.

3. Berichte

Frauengruppentreffen:

- Aktion „Das Letzte Hemd“ zu Hartz IV am 2. Okt.,
- Brief an die NN zur Frauenseite wurde abgeschickt.

4. Termine:

12.7. 19.30 Uhr AK Frau und Gesundheit: Dokumentation zur Reproduktionstechnologie (offene Tür (gg. Kana- pee))

Protokollführung

Gabi Dorn-Dohmstreich





Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen,
unser Treffen in diesem Monat findet
statt

**am 16.7.04 um 17 Uhr
in der Atzelsbergersteige
1A
bei Brigitte zu Hause zum
alljährlichen Sommerfest.**

Außer Feiern können wir viele ange-
fangene Themen diskutieren, für die
nächsten Monate planen usw.

Das Treffen ist auch diesmal gemein-
sam mit den GenossInnen vom Unter-
bezirk ERH 60plus.

Für reichlich Essen und Trinken wird
gesorgt.

Eure Brigitte.

Bringt gute Laune mit und auch Eure
PartnerInnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem nächsten Treffen des
LINKEN FORUMS ERLANGEN

am 9. Juli um 20 Uhr im Mohren-
kopf (Nebenzimmer)

werden wir die insbesondere die
**Auswirkungen der AGENDA 2010
auf Frauen** diskutieren. Ihr seid alle
herlich eingeladen!

mit solidarischen Grüßen

Hildegard Gröger
Florian Janik

Arbeitskreis Gesund- heitsspolitik

Termin im Juli:

**Mittwoch, 07.07.2004
18.00 Uhr**

Mohrenkopf, Schiffstr. 6

Themen:

- Vorbereitung der KMV im Juli:
Abschließende Festlegungen für
den Ablauf der KMV,
letzter Check der Unterlagen
klären restliche Fragen

Für den AK: Hans Wachter

Anzeige



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in
Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt
für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich.
Hinzu kommt eine einmalige
Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in
allen Fragen des Mietrechts.
(siehe Beratungstermine)
- Informations- und
Erfahrungsaustausch durch unsere
Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven
Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im kon-
kreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)



Politikwechsel jetzt!

Leserbrief von Philipp Dees

Die SPD hat bei der Europawahl das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Nur noch ein Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl hat sie erneut gewählt.

Der Blick auf die Wahlanalyse zeigt, dass diese Wahlniederlage mit der Politik des Sozialabbaus zusammenhängt, die die Bundesregierung verfolgt. Bei den Rentnerinnen und Rentnern, die von der Rentenkürzung dieses Jahr betroffen sind, hat die SPD 9% verloren - in dieser Altersgruppe, wo die Menschen ihre Überzeugungen nur noch selten verändern, ein Erdersch. Bei den Arbeitslosen, durch Hartz I-IV betroffen erreichte die PDS mit 16% fast das Ergebnis der SPD (17%).

Das Argument, es handle sich lediglich um ein Vermittlungsproblem, zieht nicht. Wer es verwendet, verweist darauf, dass schließlich CDU und CSU mit ihre viel radikaleren Sozialabbau-Plänen hohe Wahlergebnisse erreichten, dass also Sozialabbau an sich in der Bevölkerung auf Zuspruch stoße.

Fakt ist aber: Auch CDU und CSU haben massiv Stimmen verloren. Allerdings nicht in dem Umfang, wie der Verlust die SPD trifft. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 sind 10,5 Millionen Wählerinnen und Wähler der SPD nicht mehr zur Wahl gegangen. Der Verlust an CDU und CSU liegt gerade einmal bei 880.000 Stimmen.

Wenn die SPD über 2006 regieren will, muss sie ihre Politik grundlegend ändern. Die Wählerinnen und Wähler erwarten von der SPD, dass sie mehr und nicht weniger Gerechtigkeit schafft. Darauf muss sich die SPD ausrichten.

Für diesen Politikwechsel müssen vor allem auch die Jusos kämpfen. Denn er liegt gerade im Interesse der jungen Menschen. Es sind die Jungen, die von Sozialkürzungen und Sparpolitik besonders betroffen sind. Es sind - von der aktuellen Rentenkürzung einmal abgesehen - die jungen Menschen, denen mit dem „Rentensiche-

rungsgesetz“ die Rente und damit der Lebensstandard im Alter genommen wird. Es sind die jungen Menschen, denen durch das ausbleibenden Wirtschaftswachstum die Verteilungsspielräume für die Zukunft genommen werden. Es sind die jungen Menschen, denen durch die fehlenden Mehrausgaben für Bildung die Zukunftschancen genommen werden. Und es sind die jungen Menschen, die die Folgen dieser Politik - eine Verschärfung der sozialen Konflikte, eine Zunahme von Kriminalität - werden ausbaden müssen.

Deshalb müssen wir für eine andere Politik kämpfen. Diese muss sich unter anderem an folgenden Leitlinien orientieren:

I **Arbeitslosigkeit überwinden:**

Die Probleme in unserem Sozialsystem sind nicht aufgrund des „demographischen Wandels“ vorhanden, sondern weil durch die hohe Arbeitslosigkeit die Einnahmen fehlen. Deshalb ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit der wichtigste Schritt, um das Sozialsystem zukunftssicher zu gestalten.

Die Politik der Lohnkostensenkung und der Senkung von Steuern und Investitionen hat sich als untauglich zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erwiesen. Im Gegenteil: Sie hat die Krise noch verschärft, weil die Kürzungen zu „Angstsparen“ geführt haben. Wir brauchen dagegen ein Konjunkturprogramm des Staates. Investitionen in öffentliche Gebäude sind dringend nötig, ein Blick den Zustand von Schulen zeigt dies. Das Geld für ein Investitionsprogramm kann zum einen durch höhere Spitzensteuersätze und die Vermögenssteuer beschafft werden. Zum anderen sind aber auch höhere Schulen akzeptabel. Denn: Wächst die Wirtschaft stärker, nimmt auch der Staat mehr ein. Der Schuldendienst ist dann kein großes Problem.

I **Gerechtigkeit schaffen:** Agenda 2010, Hartz I-IV, Gesundheitsreform und vieles mehr haben nicht nur

das Profil der SPD zerstört, sie haben auch das Wirtschaftswachstum geschwächt und die sozialen Spannungen verschärft. Deshalb muss mit dem Sozialabbau Schluss sein. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Anfang 2005 2 Millionen Menschen in die Armut rutschen lässt, muss gestoppt werden. Agenda 2010 und Hartz müssen abgelöst werden durch eine Politik, die mehr und nicht weniger Gerechtigkeit schafft. Dazu gehört ein gerechtes Steuersystem, dass endlich diejenigen, die viel verdienen, auch viel Steuern zahlen lässt. Dazu gehören höhere Unternehmenssteuern. Dazu gehört, dass Gesundheit nicht vom Geldbeutel abhängt. Und dazu gehört, dass der-oder diejenige, der/die sein/ihr Leben lang gearbeitet hat, im Alter nicht in Armut fällt.

I **Bildung für alle:** Wir brauchen ein Bildungssystem, dass Zukunftschancen für alle schafft. Dazu gehört ein Berufsausbildungsplatz für jeden. Deshalb brauchen wir die Umlagefinanzierung, Versprechungen der Unternehmen sind viel zu oft gebrochen worden. Wir brauchen auch endlich ein Schulsystem, in dem nicht der soziale Status entscheidet. Die Gesamtschule ist hier der richtige Weg. Und wir brauchen Hochschulen, die allen offen stehen, nicht nur einer Elite.

Unter anderem mit diesen Maßnahmen - dazu müssen vor allem noch die Gleichstellungspolitik und die Friedenspolitik kommen - kann es der SPD gelingen, eine Wahlniederlage 2006 zu verhindern. Die Zeit dafür aber ist knapp. Jeder Tag, den die Bundesregierung mit dem Kurswechsel wartet, macht eine Regierung von CDU, CSU und FDP wahrscheinlicher und zerstört damit die Zukunftschancen junger Menschen. Uns ist klar: Fortschrittliche Politik kann es nur mit der SPD geben. Deshalb kämpfen wir für den Politikwechsel 2004, um den Regierungswechsel 2006 zu verhindern.

Philipp Dees

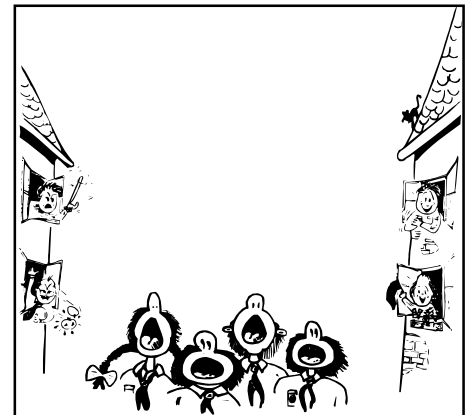
Wir gratulieren zum Geburtstag:

Juli 2004



Wir möchten allen, die im Juli ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

08.07.	Walter Frank 76 Jahre
09.07.	Wilhelm Gehr 74 Jahre
10.07.	Herbert Hofmann 79 Jahre
10.07.	Silke Zieten 72 Jahre
13.07.	Grete Denner 88 Jahre
17.07	Gerd Junghänel 76 Jahre
21.07.	Edgar Mayer 78 Jahre



Großer Empfang im historischem Saal der VHS

Heide Mattischeck feierte ihren 65. Geburtstag

Der Kreisvorsitzende **Robert Thaler** stellte in seiner Laudatio die persönlichen und politischen Schwerpunkte von Heide Mattischeck heraus.

1939, kurz nach dem unsägliche Angriff auf Polen und somit der Beginn des zweiten Weltkrieges wurde Heide geboren.

Während sie in Berlin ihre Schulausbildung mit dem Abitur 1958 gekrönt hat, war in Erlangen noch die Ausweisung von neuen Baufeldern gefordert. Der zunehmende Verkehr musste geordnet werden, die Gebbertstraße war keine durchgängige Straße.

Ihre dreijährige Stammhauslehre bei Siemens führte sie 1961 auch nach Erlangen .

Sie ging zurück nach Berlin in das Dynamowerk, ehe sie dann 1965 gerade ein Jahr verheiratet endgültig nach Erlangen umgesiedelt ist und im EDV –Bereich bei der Siemens Zentralverwaltung gearbeitet hat.

Wolfgang Vogel formulierte dies einmal so :

„Jetzt bleibst Du in Erlangen hängen und lernst unsere Stadt schätzen und lieben. Erlangen, offen aus Tradition und ausreichend an Berlinerinnen und Berliner gewöhnt, nahm Dich auf.“



Nach der Geburt ihres Sohnes Fabian 1966 machte sie eine Familienpause. Politisch überfrachtet mit Vietnamkrieg und Notstandsgesetzen, trat sie 1969 vor nun 35 Jahren in die Erlanger SPD ein. Konkrete Stadtteilarbeit in Erlangen-Bruck, ein Frankenschnellweg ohne Lärmschutzmaßnahmen und eine mit Hochhäusern gespickte Stadtverdichtung wurden später Wahlkampf-

themen für Dietmar Hahlweg und die Erlanger SPD.

In der Begeisterung für Willy Brand's Politik wurden Neueintritte in die Erlanger SPD sogar in Kneipen getätigt und der kommunale Machtwechsel gelang 1972 .

Die Aufbruchstimmung sorgte bei Heide für damalige Zeiten für eine schnelle Parteikarriere.

1970 kam sie als Kassierein in den Kreisvorstand, 1972 wurde sie Kreisgeschäftsführerin und im gleichen Jahr gelang ihr der Sprung in den Erlanger Stadtrat mit Dietmar Hahlweg als Oberbürgermeister und einer Stadtratsfraktion mit absoluter Mehrheit von 52%.

Kultur, Freizeit, Umweltschutz und Stadtplanung waren Themen, denen sie sich besonders gewidmet hat. Dietmar Hahlweg hat es einmal so formuliert:

„Die Vielfalt Deiner Interessen lässt sich am besten an Deiner Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen aufzeigen, die da sind: Bund Naturschutz, FSV Bruck, ADFC, Kunstverein, Verein zur Förderung des Theaters in der Garage, Tagesmütter, Kinderschutzbund, ASB, Türkisch Deutscher Solidaritätsverein, Verein zur Förderung der Beziehung Bayerns mit der damaligen UdSSR, Heimatverein, E-Werk Verein und IG Jazz.“

1974 wurde sie zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt und hat in mehr als einem Jahrzehnt an der Seite von Helmut Pfister erfolgreiche Arbeit geleistet.

Politische Basisarbeit und eine umfassende, an den Interessen der Menschen orientierte Kommunalpolitik war die ideale Voraussetzung für ihre spätere Arbeit im Bundestag.

Viermal 1972(52,8), 1978(45,7), 1984(45,5) und 1990(39,9) wurde sie in den Stadtrat gewählt, jedes Mal war die SPD die stärkste Fraktion im Erlanger Stadtrat.

1990 trat der SPD Kreisverband erstmals mit einer quotierten Stadtratsliste an, die von den Wählern voll bestätigt wurde.

Hildegard Gröger überbrachte im Namen der gesamten AsF Erlangen die besten Wünschen für ein neues Lebensjahr voller **persönlichem Glück, Gesundheit und Zufriedenheit.**

Bekanntlich existiert die AsF in Erlangen seit 25 Jahren – dieses Jubiläum wurde erst vor Kurzem gemeinsam mit Heide gefeiert – und sie war schon bei der Gründung mit dabei!

Und auch wenn sie ihre Arbeitsschwerpunkte nicht innerhalb der AsF gesehen hast, ist sie doch auf jeden Fall eine von uns.

Frauenpolitik/Gleichstellungspolitik hat sie stets eher von der praktischen Seite her angepackt, hat das, was sie politisch getan hat, vielleicht nicht einmal immer „Frauenpolitik“ genannt, aber tatsächlich hat sie Politik für Frauen gemacht.

Einige Beispiele:

- Wer sich für einen vernünftigen ÖPNV, für eine fahrradfreundliche Stadt, gegen eine unsinnige ICE-Trasse einsetzt, macht Frauenpolitik
- Bei ihrer Arbeit im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten hat sie sich ganz besonders um die Situation der Frauen in Afghanistan gekümmert, ganz nach dem Motto: Frauenrechte sind Menschenrechte

- Ihre erste Besucher-Fahrt als Bundestags-Abgeordnete war eine Besucherinnen-Fahrt

- Sie hat zusammen mit Gisela Niclas in Erlangen den SPD-Frauenempfang aus der Taufe gehoben, hat ihn stetig weiter geführt und damit in ER schon eine Tradition begründet. Die Orga-

nisation des Frauenempfangs liegt immer noch in ihren Händen, ich erinnere an den letzten Frauenempfang mit der denkwürdigen, hochspannenden Diskussion zum sog. Kopftuchstreit

- Dass sie ihr Herz für den Frauenfußball entdeckt hat, ist zwar nicht Frauenpolitik, soll aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben,

- ebenso wenig wie die Tatsache, dass sie in Berlin inzwischen eine Frauen-WG aufgemacht hat.

A propos Berlin:

Im Reichstag, im Jakob-Kaiser- und im Paul-Löbe-Haus gibt es eine Wand mit den Namenstafeln aller ehemaligen Bundestagsabgeordneten. Schade, dass ihr Name dort schon verzeichnet ist, wir hätten sie lieber als Abgeordnete in Berlin besucht – sie fehlt uns dort sehr.

Zugleich bewundern wir aber auch die Souveränität, mit der sie sich entschieden hat, ihre Abgeordnetentätigkeit zu beenden – auf dem Höhepunkt ihrer



Beliebtheit und obwohl ihr die Unterstützung der SPD für eine weitere Kandidatur sicher gewesen wäre.

Wie gut ihr ein Leben mit nicht mehr ganz so viel Stress tut, kann man ihr ansehen und anmerken.

Alles Gute, liebe Heide!!!





SPD - Rathauselegramm

SPD geführte Bundesregierung ermöglicht Neubau am ASG

SPD Fraktion freut sich über die bauliche Ausweitung für die Ganztagesbetreuung am Albert-Schweitzer Gymnasium

„Nur dadurch, dass die Bundesregierung unter Kanzler Schröder intensiv die versprochene Ganztagesbetreuung vorantreibt, ist es der Stadt Erlangen möglich, einen Neubau für die Ganztagesbetreuung am ASG zu finanzieren“, freut sich SPD-Fraktions-

vorsitzende Gisela Niclas über den geplanten Neubau, der im heutigen Bau- und Werkausschuss endgültig auf den Weg gebracht wird.

Aus dem Bundesprogramm „Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung 2003 – 2007“, das im Mai 2003 beschlossen wurde, werden rund 630.000 Euro nach Erlangen fließen. Damit werden 90% des am Albert-Schweitzer Gymnasiums benö-

tigten Neubaus für die Ganztagesbetreuung finanziert.

Harald Krebs, schulpolitischer Sprecher, weist darauf hin, dass mit den Bundeszuschüssen eine Küche, zwei Speisesäle sowie ein PC-Arbeitsraum mit 6 Arbeitsplätzen und ein Aufenthaltsraum mit Präsenzbibliothek für Erlanger Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden kann.

SPD-Fraktion mit Bäderkompromiss höchst zufrieden

Die SPD-Fraktion zeigt sich höchst zufrieden, dass es in der Stadtratssitzung gelungen ist, ihre Vorschläge durchzusetzen:

Erstens werden nun europaweit Angebote für eine Weiterentwicklung des Erlanger Bäderangebots im Röthelheimbad eingeholt.

Zweitens wird nun gleichzeitig ein kommunales Betreibermodell für die Erlanger Bäder geprüft. Im Beschluss heißt es nun: „Zur Weiterentwicklung des Bäderangebotes gründet die Stadt eine GmbH, bzw. entwickelt eine eigenständige Rechtsform, bzw. überprüft die Eignung bestehender Rechtsformen. In diesem (neuen) Kommunalunternehmen werden alle Bäder zu-

sammengefasst. Seine Aufgabe ist die Sanierung und Weiterentwicklung bestehender Bäder und Angebote. Die Stadt Erlangen übernimmt für die nötigen Kreditaufnahmen des neuen Kommunalunternehmens die Bürgerschaft und leistet Betriebskostenzuschüsse.“

Erst dann wird endgültig entschieden, ob das Bad in Zukunft in privater oder kommunaler Trägerschaft geführt wird. Eine voreilige Weichenstellung für eine private Bädergesellschaft konnte durch die SPD-Initiative vorerst verhindert werden.

Drittens: Großen Wert hat die SPD vor allem auf die Festlegung klarer Kriterien für die Ausschreibung gelegt:

- Erschwingliche Eintrittspreise
- Gewährleistung angemessener Zeiten für den Breiten-, Jugend-, Senioren- und Gesundheitssport, insbesondere das Schulschwimmen Keine Zuordnung des Lehrschwimmbeckens und des Nichtschwimmerbereichs zum Spaßbad
- keine Reduzierung der Wasserflächen des Freibadebereichs im Röthelheimbad
- Sicherung des Bundesleistungssportstützpunkts „Schwimmen“

Diese Kriterien sind nun Bestandteil des Beschlusses. Damit wurde einer zentralen Forderung der Bürgerinitiative Rechnung getragen.

Sperrung der Schiff-, Glocken- und Theaterstrasse

Erlangens Bürgerinnen und Bürger sind sich einig, „die Schiffstrasse ist die schönste Strasse in Erlangen“.

Die Schiffstrasse droht aber an Attraktivität erheblich zu verlieren, denn das Pkw-Aufkommen des Parksuchverkehrs hat in der letzten Zeit dramatisch zugenommen. Die Außenbestuhlung der Gastronomie und der Charakter der dort ansässigen Geschäfte machen gerade den besonderen Charme des Straßenkreuzes Schiff-,

Glocken- und Theaterstrasse aus. Auch aus diesem Grunde ist dieser Bereich der Altstadt bei den Bürgern so beliebt.

Der Parksuchverkehr und das oft rücksichtslose Parken, manchmal sogar unmittelbar neben gedeckten Tischen der Gastronomie, wird als ausgesprochen störend empfunden.

Diesen Zustand will die SPD-Fraktion nun ein für alle Mal beenden. Sie be-

antragt daher die Sperrung der Schiff-, Glocken- und Theaterstrasse für den Durchgangsverkehr sowie das Anbringen geeigneter Absperrungen. Bewohner, Lieferverkehr und Rettungsdienste sollen selbstverständlich Zugang behalten. „Hier kann jetzt der Oberbürgermeister beweisen, wie ernst es ihm mit der Attraktivitätssteigerung der Altstadt ist“, so Stadtrat Axel Graemer.



SPD – Rathausstelegramm

Einschulungssituation im Erlanger Westen – Zukunft der Teilhauptschulen

In einem Dringlichkeitsantrag für den Schulausschuss im Juni befasst sich die SPD-Fraktion mit zwei ganz aktuellen Themen.

Im Antrag heißt es: „Am 27.5.04 fand in der Heinrich-Kirchner-Schule ein Informationsabend statt für die Eltern der zukünftigen Erstklässler aus dem Wohngebiet 403. Auf diesem warb Herr Salzer dafür, die 12 Kinder aus dem Gebiet nicht in die Heinrich-Kirchner-Schule zu schicken, da diese mit 121 Neuanmeldungen an ihre Auslastungsgrenze gekommen sei. Im Verlaufe des Abends verdichtete sich bei den Eltern der Eindruck, dass eine Entscheidung über die von ihren Kindern zu besuchende Schule auch gegen ihren Willen getroffen werde.“

Für die **Büchenbacher Schulen** wird daher als „Sofortmaßnahme“ beantragt:

- „Alle für die Heinrich-Kirchner-Schule in diesem Schuljahr angemeldeten Kinder sollen das Recht haben, die Schule zu besuchen.“

- Die Eltern sollen freiwillig darüber entscheiden können, ob sie ihren Kindern eine Klassenstärke von 30 Schülern ersparen und sie in eine der beiden anderen Büchenbacher Grundschulen schicken wollen.
- Um dazu einen Anreiz zu schaffen, soll das Schulverwaltungsamt dafür Sorge tragen, dass in der Mönau- und in der Dorfschule zuverlässig kleinere Klassen eingerichtet werden.“

Im Stadtwesten ist seit Jahren bekannt, dass durch die fortschreitenden Bautätigkeit die Raumkapazität der Heinrich-Kirchner-Schule an ihre Grenzen stoßen muss und auch die mobilen Klassenzimmer nur begrenzt Abhilfe schaffen. Dagegen gibt es in der Mönauschule und in der Dorfschule ausreichende Räumlichkeiten.

Zum Schuljahr 2005/2006 beantragt die SPD weiter:

- „Um eine gleichmäßigere Auslastung der Büchenbacher Grundschulen zu gewährleisten, müssen die Einzugsgebiete überdacht und u.U. neu festgelegt werden.“

- Dies muss **rechtzeitig vor der Schuleinschreibung** geschehen, damit sowohl die zukünftigen Erstklässler als auch die Eltern sich auf die Situation einstellen können.“

Für die **Teilhauptschule Frauenausrach** beantragt die SPD einen aktuellen Sachstandsbericht. Darüber hinaus wird gefordert:

„Sollte die Frauenausracher Teilhauptschule bereits im kommenden Schuljahr 2004/05 nicht erhalten werden können, wird sichergestellt, dass ab diesem Schuljahr und zukünftig die Frauenausracher Schülerinnen und Schüler zuverlässig in der Hedenusschule unterrichtet werden können, es erfolgt keine Auslagerung in die Mönauschule.“

Außerdem beantragt die Fraktion für diesen Fall, „dass in der Hedenusschule so schnell als möglich die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass auch mittel- bis langfristig alle Frauenausracher Schülerinnen und Schüler dort unterrichtet werden können.“

Anfrage zu Skybeamern

Es gibt mindestens eine Diskothek in Erlangen (Gundstraße), die jedes Wochenende versucht, durch nach oben gerichtete Laserstrahlung (aus einem sog. „Skybeamer“) auf sich aufmerksam zu machen. Der Bund f. Umwelt- u. Naturschutz Deutschland (BUND)

hat nun aber darauf hingewiesen, dass solche Geräte neben unnötiger Energieverschwendung und belästigender Helligkeit auch ernstzunehmende Schäden an der Fauna verursachen. Deshalb hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz solche

Anlagen als unzulässige Werbeanlagen eingestuft. Die SPD-Fraktion stellte daher bei der Erlanger Stadtverwaltung eine Anfrage, was diese gegen solche Anlagen zu unternehmen gedenkt.

Unsere Anträge:

- Folgen der Haushaltspolitik des Freistaats Bayern im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbereich
- Bäderangebot in Erlangen
- Sperrung der Schiff-, Glocken- und Theaterstrasse
- Abenteuerspielplatz Taubenschlag
- Nutzung des Bäderangebotes durch Kinder und Jugendliche
- Einschulungssituation im Erlanger Westen – Zukunft der Teilhauptschulen

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech



CDU/CSU/FDP-PLÄNE:

Angriff auf die solidarische Krankenversicherung.

Von Tag zu Tag wird es offensichtlicher: Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP planen einen Frontalangriff auf die solidarische Krankenversicherung. CDU und CSU wollen die Kopfpauschale einführen; die FDP will die gesetzliche Krankenversicherung völlig abschaffen und das Feld ganz den privaten Versicherungen überlassen.

Im Endergebnis bedeuten beide Konzepte: Das Krankheitsrisiko soll vollständig privatisiert werden. Wer viel Geld hat, kann sich eine Luxusmedizin erkaufen, wer wenig hat, muss mit der notwendigsten Versorgung auskommen.

Die Kopfpauschale bedeutet:

➤ **Umverteilung von unten nach oben**

Alle sollen für die gesetzliche Krankenversicherung das Gleiche zahlen – der Manager genau soviel wie der Hausmeister. Wer mehr verdient, bezahlt künftig weniger; wer wenig verdient zahlt künftig mehr. Das ist das Ende der Solidarität.

➤ **Neue Haushaltslöcher – höhere Steuern**

CDU/CSU wollen die soziale Schieflage, zu der die Kopfpauschale führt, durch einen steuerfinanzierten „Sozialausgleich“ verschleiern. Um diesen zu finanzieren, werden pro Jahr rund 27 Milliarden Euro zusätzliche Steuern benötigt. Woher das Geld kommen soll, verschweigt die Union. Dabei bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder höhere Steuern oder neue Schulden.

UNSER MODELL: DIE SOLIDARISCHE BÜRGERVERSICHERUNG

Die SPD will die gesetzliche Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln. Das heißt: Alle werden in die Krankenversicherung einbezogen. Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit im Rahmen der Beitragsbemessungsgrenzen- auch Einnahmen z.B. aus Mieten und Vermögen werden herangezogen.

Gesetzliche und private Krankenversicherungen stehen in einem fairen Wettbewerb.

Solidarität statt Zwei-Klassen-Medizin!



SPD